

**Schutz der Steuerzahler gegen
Betrug und Korruption**

Die **Europäische**
Staatsanwaltschaft





INHALTSVERZEICHNIS

1. Warum eine EUStA?



2. Welche Möglichkeiten hat die EUStA?



3. Wie funktioniert die EUStA?



4. Schutz der Bürger



5. Zusammenarbeit mit Partnern



Warum eine EUStA?

1 EINE LEISTUNGSFÄHIGE STAATSANWALTSCHAFT FÜR DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG IN DER EU

Seit jeher haben es Kriminelle und Betrüger auf die Gelder abgesehen, die zur Verbesserung der Situation der EU-Bürger eingesetzt werden sollen. Jedes Jahr verursacht grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug einen geschätzten Schaden in Höhe von 50 Mrd. EUR für die Haushalte der Mitgliedstaaten und der EU. Darüber hinaus meldeten die Mitgliedstaaten 2017 betrügerische Unregelmäßigkeiten in einer Höhe von rund 500 Mio. EUR.

Da es bei der Strafverfolgung und in der Justiz an Ressourcen fehlt oder aber die Mitgliedstaaten dem Schutz der EU-Finzen nicht die notwendige Priorität einräumen, werden diese Straftaten häufig auf nationaler Ebene nicht ausreichend untersucht und verfolgt. Zudem sind Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Fällen schwierig und leiden unter einer lückenhaften justiziellen Zusammenarbeit. Bei schweren Betrugs- und Korruptionsfällen werden häufig letzten Endes keine Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen durchgeführt, wodurch das Gefühl entsteht, diese Straftaten würden nicht geahndet.

Es muss reagiert werden

Artikel 86 des Vertrags von Lissabon gestattet die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (im Folgenden „die EUStA“), eine neue Einrichtung der Union, die eine echte Wende bringen soll. Sie wird in der Lage sein, in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union zügig Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durchzuführen.

Dank Echtzeitinformationen und Ermittlungen vor Ort wird die neue Staatsanwaltschaft den Schutz der finanziellen Interessen der EU stärken, Lücken in der justiziellen Zusammenarbeit schließen, die noch nicht durch bestehende Einrichtungen der Union (Eurojust) oder administrative Untersuchungen von Unregelmäßigkeiten und betrügerischen Aktivitäten (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF))

abgedeckt sind, und in allen teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten effektive und einheitliche Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gewährleisten.

Die erste supranationale Einrichtung ihrer Art

Die zentral koordinierten und beaufsichtigten EUStA-Ermittlungen werden im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten durchgeführt und die entsprechenden Verfahren vor nationale Gerichte gebracht.

Die durch die EU-Verordnung 2017/1939 vom 12. Oktober 2017 errichtete EUStA wird die erste supranationale Staatsanwaltschaft sein, die für strafrechtliche Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zuständig ist. Die EUStA wird ihre operative Arbeit voraussichtlich Ende 2020 aufnehmen.

EUSTA: WICHTIGE FAKTEN

Zentrale Ebene

- Sitz in Luxemburg.
- Ein/e vom Europäischen Parlament und dem Rat ernannte/r Europäische Generalstaatsanwältin bzw. Europäischer Generalstaatsanwalt.
- Ein Kollegium bestehend aus der Europäischen Generalstaatsanwältin bzw. dem Europäischen Generalstaatsanwalt und den Europäischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten.
- 22 vom Rat ernannte Europäische Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (eine/r für jeden teilnehmenden Mitgliedstaat).
- Ständige Kammern, die mit einer/einem Vorsitzenden und zwei ständigen Mitgliedern besetzt sind.
- Ein/e vom Kollegium ernannte/r Verwaltungsdirektor/in.
- Mehr als 100 Mitarbeiter/innen, die die zentrale Dienststelle und die dezentrale Ebene unterstützen.

Dezentrale Ebene

- Mindestens zwei Delegierte Europäische Staatsanwälte bzw. Staatsanwältinnen, die in jedem teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig sind.

Voraussichtliche Aufnahme der Tätigkeiten

- Nach dem 20. November 2020.

Welche Möglichkeiten hat die EUStA?

2 UNABHÄNGIGE ERMITTLUNGEN UND STRAFVERFOLGUNGSMÄßNAHMEN

Die EUStA ist die erste wirklich supranationale für Strafverfolgung zuständige Einrichtung, die befugt ist, im Rahmen ihres Aufgabenbereichs unabhängig Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union durchzuführen.

Sie wird in der Lage sein, die dieser Straftaten verdächtigen Personen in den 22 teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten vor Gericht zu stellen. Nicht teilnehmende Mitgliedstaaten können sich jederzeit für eine Beteiligung an der EUStA entscheiden.

Vor Einflussnahme geschützt

Von zentraler Bedeutung ist die Unabhängigkeit der EUStA. Ab dem Moment ihrer Ernennung sind die Europäische Generalstaatsanwältin bzw. der Europäische Generalstaatsanwalt und sämtliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte vor jeglicher unlauteren Einflussnahme auf europäischer oder nationaler Ebene geschützt (z. B. eine politische Einflussnahme auf ein Strafverfahren).

Trotz ihrer vollständigen Unabhängigkeit ist die EUStA – unbeschadet ihrer Verpflichtung zur Verschwiegenheit und Geheimhaltung im Hinblick auf Einzelfälle – gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission für ihre allgemeinen Tätigkeiten rechenschaftspflichtig.

Die EUStA lässt sich bei ihren Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen vom Legalitätsprinzip, von den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Unparteilichkeit und der Fairness gegenüber den Verdächtigen oder Beschuldigten leiten und ermittelt entlastende sowie belastende Beweise.

Finanzieller Schaden

Im Schwerpunkt des Aufgabenbereichs der EUStA sind Betrugsfälle und andere Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (laut Definition in der Richtlinie (EU) 2017/1371):

- Betrug in Bezug auf Ausgaben und Einnahmen,
- Betrug in Bezug auf die Mehrwertsteuer (sofern dieser mit dem Hoheitsgebiet von zwei oder mehr Mitgliedstaaten verbunden ist und mindestens 10 Mio. EUR umfasst),
- Geldwäsche, die sich auf Gegenstände aus Betrugsfällen zulasten des EU-Haushalts bezieht,
- vorsätzliche Bestechung und vorsätzliche Bestechlichkeit oder missbräuchliche Verwendung, die die finanziellen Interessen der EU beeinträchtigen, und
- Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, deren Tätigkeitsschwerpunkt in gegen den EU-Haushalt gerichtete Straftaten besteht.

Diese betrügerischen Aktivitäten haben direkte Auswirkungen auf den Alltag der Menschen, verstärken das Gefühl der Unsicherheit unter den Bürgern, fügen einer Vielzahl von Wirtschaftsakteuren und Unternehmen schwerwiegenden Schaden zu und untergraben letzten Endes die Glaubwürdigkeit der Union an sich (siehe Kasten).

Die EUStA hat darüber hinaus Zuständigkeit kraft Sachzusammenhang – die Möglichkeit, sonstige illegale Aktivitäten zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, die mit einer Straftat zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU „untrennbar verbunden“ sind. Dies umfasst Straftaten, die gerade darauf ausgerichtet sind, für die materiellen oder rechtlichen Mittel

zu sorgen, die die Begehung einer Straftat zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (z. B. Fälschung) oder den Gewinn oder das Produkt der begangenen Straftat ermöglichen, vorausgesetzt, der Schwerpunkt liegt gemessen am Strafmaß und der Schwere nicht auf der akzessorischen Straftat, sondern auf der Straftat zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU. Andernfalls sind in der Regel weiterhin die nationalen Strafverfolgungsbehörden zuständig. Die EUSTa wird zudem auf die Ausübung ihrer Zuständigkeiten verzichten, wenn der Schaden für den Unionshaushalt nicht den Schaden eines anderen Opfers (z. B. die Haushalte der Mitgliedstaaten) übersteigt.

Die EUSTa ist zwar zur Strafverfolgung eines sehr breiten Spektrums von Straftaten verpflichtet, wird jedoch denjenigen Fällen Priorität einräumen, die gemäß allgemeinen Kriterien in ihren Zuständigkeitsbereich fallen (dies ist die „Strafverfolgungspolitik“ der EUSTa). Darüber hinaus kann sie entscheiden, Betrugsfälle unter 100 000 EUR nicht zu übernehmen oder sie an nationale Behörden zu verweisen, wenn aufgrund der Schwere der Straftat oder der Komplexität des Verfahrens keine Notwendigkeit besteht, den Fall auf Unionsebene zu ermitteln oder zu verfolgen.

VON DER EUSTA UNTERSUCHTE STRAFTATEN

Die EUSTa kann beliebige Arten von Betrugsfällen im Hinblick auf EU-Mittel untersuchen, zum Beispiel solche, die sich gegen regionale Fonds, Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik usw. richten. Dazu gehört auch der Missbrauch von Ausschreibungsverfahren. Die EUSTa ist außerdem in der Lage, bei komplexen Betrugsfällen durch Umsatzsteuerkarusselle zu ermitteln.

Umsatzsteuerkarussellbetrug

Ein Anbieter mit Sitz in Mitgliedstaat 1, die „Zwischengesellschaft“, liefert (nicht umsatzsteuerpflichtige) Waren an ein zweites Unternehmen mit Sitz in Mitgliedstaat 2, dem „Missing Trader“.

Dieser Händler macht sich dann die Mehrwertsteuerbefreite innergemeinschaftliche Lieferung von Waren zunutze und verkauft dieselben Waren zu einem sehr günstigen Preis auf dem Inlandsmarkt von Mitgliedstaat 2.

Der günstige Preis wird dadurch ermöglicht, dass der Händler zwar seinen Kunden Mehrwertsteuer berechnet, diese aber nicht den Steuerbehörden meldet. Dadurch erhöht sich seine Gewinnspanne.

Anschließend verschwindet der Missing Trader, wodurch die Steuereintreibung in dem Staat, in dem Waren oder Dienstleistungen konsumiert werden, unmöglich gemacht wird.

Dieselbe Transaktion kann auf zirkuläre Weise bzw. „karussellartig“ wiederholt werden.

Wie schafft die EUSTa Mehrwert?

- Sie hat das Mandat und die Befugnisse, die Lücken in der Strafverfolgung von gegen den EU-Haushalt gerichteten Straftaten in den teilnehmenden Mitgliedstaaten zu schließen, und verfügt über die entsprechenden Ressourcen.
- Sie kann Informationen über grenzüberschreitende Fälle mit anderen EU-Einrichtungen und nationalen Behörden teilen und überprüfen.
- Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihr Informationen über Fälle von grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug, der einen Schaden von mehr als 10 Mio. EUR verursachen könnte, zur Verfügung zu stellen.

Ausschreibungsverfahren

EU-Ausschreibungsverfahren sind oft sehr technisch und können verzerrt werden, indem sich Beteiligte Zugang zu vertraulichen Informationen verschaffen, um einen Wettbewerber zu bevorzugen.

In diesen Fällen kann es für nationale Behörden äußerst schwierig sein, Unregelmäßigkeiten und Warnsignale für Betrug zu erkennen und zu untersuchen.

Wie schafft die EUSTa Mehrwert?

- In ihr vereinen sich das technische Fachwissen eines hochspezialisierten Personals und wichtiger Partner.
- Sie ist in der Lage, grenzüberschreitende Ermittlungen auf dem Hoheitsgebiet der verschiedenen teilnehmenden Mitgliedstaaten durchzuführen.
- Sie nutzt vereinfachte Verfahren, die denen entsprechen, die den nationalen Staatsanwaltschaften zur Verfügung stehen.

Wie funktioniert die EUStA?



3 GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT IM INTERESSE DER NATIONALSTAATEN UND DER EU

Die EUStA wird als einheitliche Behörde tätig, die auf zentraler und dezentraler Ebene organisiert ist. Ihre zentrale Ebene umfasst ein Kollegium bestehend aus der Europäischen Generalstaatsanwältin bzw. dem Europäischen Generalstaatsanwalt und 22 Europäischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (eine/r für jeden teilnehmenden Mitgliedstaat).

Die dezentrale Ebene ist im jeweiligen Justizsystem der teilnehmenden Mitgliedstaaten eingebettet und besteht aus den Delegierten Europäischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (DES). Diese müssen, um zu solchen ernannt zu werden, aktive Mitglieder der nationalen Staatsanwaltschaft oder Richterschaft sein, die für die Durchführung von Ermittlungen und die Anklageerhebung vor den nationalen Gerichten zuständig sind.

Einholung von Informationen

Um wirksam gegen Täter zu ermitteln, sie strafrechtlich zu verfolgen und Anklage gegen sie zu erheben, muss die EUStA ordnungsgemäß über jede Tatsache informiert werden, die eine unter ihren Auftrag fallende Straftat darstellen könnte.

Zu diesem Zweck haben die zuständigen nationalen Behörden sowie sämtliche Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union der EUStA unverzüglich jegliches strafbare Verhalten, das in den Zuständigkeitsbereich der EUStA fällt, zu melden.

Diese zuständigen Stellen können die bereits auf nationaler Ebene vorhandenen Meldeverfahren

oder auf EU-Ebene das OLAF nutzen, solange die EUStA die durch die EUStA-Verordnung vorgeschriebenen strukturierten Informationen erhält.

Die EUStA kann auch aus anderen Quellen Informationen erhalten oder von sich heraus sammeln (etwa aus Nachrichtensendungen, von privaten Parteien oder Hinweisgebern (Whistleblower)), und ein Verfahren einleiten. Hinweisgeber (Whistleblower) sollten im Einklang mit der kürzlich vereinbarten EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern geschützt und nicht aus Angst vor Repressalien abgeschreckt werden.

Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen

Ein durch eine/n DES oder auf Weisung einer Ständigen Kammer eingeleitetes Verfahren wird grundsätzlich von der/dem DES des EU-Mitgliedstaats bearbeitet, in dem der Schwerpunkt der Straftat liegt, zum Beispiel dort, wo die Hauptstraftat verübt wurde.

In begründeten Fällen kann zur Bearbeitung des Verfahrens ein/e DES aus einem anderen Mitgliedstaat bestimmt werden, etwa wenn die verdächtige Person ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat oder dessen Staatsangehörigkeit hat oder wenn der finanzielle Schaden überwiegend dort entstanden ist.

Nachdem ein/e zuständige/r DES bestimmt wurde, trifft er bzw. sie eigene Ermittlungsmaßnahmen oder weist die zuständigen nationalen Behörden dazu an.

Während die Anklageerhebung vor zuständigen nationalen Gerichten gemäß anwendbarem nationalen Recht und der EUSTa-Verordnung durch die EUSTa erfolgt, unterliegt die interne Arbeit der EUSTa der durch das Kollegium erlassenen Geschäftsordnung.

Beaufsichtigte Ermittlungen

Die von einer/einem DES durchgeführten Ermittlungen werden durch die Europäische Staatsanwältin bzw. den Europäischen Staatsanwalt, die/der aus demselben Mitgliedstaat stammt, wie die/der DES für die Ständige Kammer beaufsichtigt. Die/der die Aufsicht führende Europäische Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt verfügt über umfangreiche Kenntnisse der Sprache und des Rechtssystems des jeweiligen Mitgliedstaats und wird aus diesem Grund idealerweise stark in das Verfahren eingebunden und pflegt mit der/dem DES einen ständigen Dialog.

Über die/den die Aufsicht führende/n Europäische/n Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt kann die Ständige Kammer außerdem der/dem betrauten DES Weisungen erteilen.

Erhebliche Befugnisse

Zusätzlich zu den Maßnahmen, die ihnen gemäß nationalem Recht bereits offen stehen, ist die/der betraute DES (in den Fällen, in denen die den Ermittlungen zugrundeliegende Straftaten mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens vier Jahren bedroht sind) befugt, Ermittlungsmaßnahmen zu beantragen oder anzuordnen, die nach nationalem Recht zur Verfügung stehen und/oder durch die EUSTa-Verordnung vorgeschrieben sind. Letztere umfassen Durchsuchungen, die Anordnung der Herausgabe von Beweismitteln, die Sicherstellung von Erträgen aus Straftaten, die Überwachung ein- und ausgehender Kommunikation und die Verfolgung kontrollierter Warenlieferungen.

In grenzüberschreitenden Fällen kann die/der betraute DES vorbehaltlich der Einholung einer erforderlichen richterlichen Genehmigung einer/einem unterstützenden DES des anderen Mitgliedstaats Ermittlungsmaßnahmen zuweisen, ohne die derzeit verfügbaren Instrumente für die gegenseitige Anerkennung oder grenzüberschreitende Zusammenarbeit nutzen zu müssen. Dies ist wesentlich, um der EUSTa zu ermöglichen, in grenzüberschreitenden Fällen als einheitliche Staatsanwaltschaft auf EU-Ebene zu fungieren.

Abweichend von dieser Sonderregelung unterliegt die durch eine/n DES eines anderen Mitgliedstaats angeordnete Übergabe einer Person den üblichen Verfahren des Europäischen Haftbefehls.

Horizontale Beziehungen

Unter bestimmten Bedingungen kann ein Verfahren einer/einem anderen DES aus demselben Mitgliedstaat neu zugewiesen werden. In Ausnahmefällen kann eine Europäische Staatsanwältin bzw. ein Europäischer Staatsanwalt nach der Genehmigung der zuständigen Ständigen Kammer die Ermittlungen auch in ihrem/seinem Herkunftsstaat selbst führen und übernimmt alle Befugnisse, Aufgaben und Pflichten einer/eines DES.

Befugnisse der Ständigen Kammer

Nach Abschluss der Ermittlungsphase beschließt die Ständige Kammer auf der Grundlage eines Entscheidungsentwurfs der/des betrauten DES, ob die Strafverfolgung vor einem nationalen Gericht erfolgen oder eine Verweisung des Verfahrens, eine Einstellung oder ein vereinfachtes Strafverfolgungsverfahren erwogen werden soll.

Ein Verfahren kann von der Ständigen Kammer nach dem Vorschlag der/des betrauten DES vor dem Hauptverfahren eingestellt werden, wenn die Strafverfolgung aufgrund fehlender Beweise, Verjährung, dem Verbot der doppelten Strafverfolgung, Amnestie, Immunität usw. unmöglich wird. Davon bleiben mögliche weitere Ermittlungen auf der Grundlage neuer Tatsachen unberührt. Die Gründe für die Einstellung eines Verfahrens beschränken sich auf die in der EUSTa-Verordnung ausdrücklich aufgeführten.

Zur Verhandlung gebrachte Verfahren

Wird ein Verfahren zur Verhandlung vor dem zuständigen nationalen Gericht gebracht, wird es von der/dem DES unter uneingeschränkter Achtung der nationalen Gesetze und gemäß der EUSTa-Verordnung bearbeitet.

In Mitgliedstaaten, die ein System vereinfachter Strafverfolgungsverfahren vorsehen, beispielsweise in Form von Transaktionen, kommt das nationale Recht zur Anwendung.

„In keiner Weise tolerieren wir Betrug zulasten des EU-Haushalts. Jeder Cent muss unseren Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.“

EU-KOMMISSAR **GÜNTHER OETTINGER**, 2017

Wichtige Fakten über die EUStA

SCHUTZ DER EU-MITTEL FÜR DIE EU-BÜRGER



MILLIARDEN VON EURO
DER STEUERZAHLER STEHEN
AUF DEM SPIEL

EU-Haushalt

137,4 MRD. EUR

Gesamtausgaben (2017)



**EUSTA: DIE ERSTE SUPRANATIONALE
STAATSANWALTSCHAFT DER EU**

Überblick

Sitz der zentralen Ebene: **Luxemburg**

Europäische/r Generalstaatsanwältin

bzw. Generalstaatsanwalt: **1** (plus 2 Stellvertreter)

Europäische Staatsanwälte: **22**

(eine/r aus jedem teilnehmenden Mitgliedstaat)

Ständige Kammern: **3 ständige Mitglieder**

Delegierte Europäische Staatsanwälte: **44+**

Personal am Sitz der zentralen Ebene: **100+**

Voraussichtliches Startdatum:

Ende 2020



467,1
MIO. EUR

**Wert der gemeldeten
Betrugsfälle**

1 146

**Gemeldete
Betrugsfälle**
(2017)

Mindest-Verfahrenswert:

• **+10 000 EUR** Bei Betrug im Hinblick auf EU-Mittel
(mit einigen Ausnahmen unter 10 000 EUR)

• **10 000 000 EUR** Grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug

22

**Teilnehmende
Mitgliedstaaten**

Belgien	Lettland
Bulgarien	Litauen
Tschechische Republik	Luxemburg
Deutschland	Malta
Estland	Niederlande
Griechenland	Österreich
Spanien	Portugal
Frankreich	Rumänien
Kroatien	Slowenien
Italien	Slowakei
Zypern	Finnland

5

**Nicht
teilnehmende
Länder**

(können sich jederzeit
anschießen)
Irland
Ungarn
Polen
Schweden
Vereinigtes Königreich

1

**Opt-
out-Klausel**
Dänemark

3

**Wichtige
Partner**

Eurojust
OLAF
Europol



Schutz der Bürger

4 OPERATIVE AUFSICHT UND SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Im Interesse aller Bürger enthält die EUSTa-Verordnung mehrere Garantien im Hinblick auf verdächtige Personen, Zeuginnen und Zeugen und Opfer sowie – zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Einhaltung des EU-Rechts – die Möglichkeit der gerichtlichen Kontrolle der Ermittlungen der EUSTa.

Garantien

Die EUSTa unterliegt vielschichtigen Garantien. Erstens ist sie wie jede andere EU-Einrichtung verpflichtet, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union uneingeschränkt zu achten, insbesondere das Recht auf ein faires Verfahren, das Verteidigungsrecht und die Unschuldsvermutung (Art. 47 und 48 der Charta) sowie dem Grundsatz *Ne bis in idem* (Art. 50 der Charta).

Zweitens muss die EUSTa die Garantien achten, die durch die bereits auf dem Gebiet der Verfahrensrechte angenommenen EU-Richtlinien vorgesehen (und durch das nationale Recht umgesetzt) sind. Diese decken bereits eine Reihe wichtiger Punkte ab (siehe Kasten). Verdächtige und Beschuldigte profitieren zudem von möglichen zusätzlichen Garantien, die das nationale Recht des Mitgliedstaats, in dem die Ermittlungen durchgeführt werden, vorsehen.

Gerichtliche Kontrolle

Wie andere Strafverfolgungsbehörden auch unterliegt die EUSTa einer gerichtlichen Kontrolle durch die nationalen Gerichte des Mitgliedstaats, in der sie tätig ist.

Außerdem kann der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) im Wege der Vorabentscheidung über Fragen der Gültigkeit von Verfahrenshandlungen der EUSTa, die sich vor einem nationalen Gericht stellen, über die Auslegung oder die Gültigkeit von

Bestimmungen des EU-Rechts, einschließlich der EUSTa-Verordnung, und über die Auslegung der Bestimmungen der Verordnung zur sachlichen Zuständigkeit der EUSTa oder die Ausübung dieser Zuständigkeit in Bezug auf mögliche auftretende Konflikte mit nationalen Behörden entscheiden.

Schutz personenbezogener Daten

Besondere Aufmerksamkeit kommt den Garantien für personenbezogene Daten zu, die die EUSTa über ihr Fallbearbeitungssystem verarbeitet oder an andere Parteien übermittelt. Diese Daten werden im Einklang mit geltenden EU-Rechtsvorschriften geschützt. Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) hat die Aufgabe, die EUSTa zu beraten und die Einhaltung der Datenschutzvorschriften durch die EUSTa zu kontrollieren.

SCHUTZ VON EU-VERFAHRENSGARANTIEEN DURCH DIE EUSTA

- (a) das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen gemäß der Richtlinie 2010/64/EU;
- (b) das Recht auf Belehrung oder Unterrichtung und das Recht auf Einsicht in die Verfahrensakte gemäß der Richtlinie 2012/13/EU;
- (c) das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und das Recht auf Kommunikation mit Dritten und auf Benachrichtigung eines Dritten im Falle einer Festnahme gemäß der Richtlinie 2013/48/EU;
- (d) das Recht auf Aussageverweigerung und Unschuldsvermutung gemäß der Richtlinie (EU) 2016/343;
- (e) das Recht auf Prozesskostenhilfe gemäß der Richtlinie (EU) 2016/1919.

Zusammenarbeit mit Partnern

5 ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN STELLEN UND NICHT TEILNEHMENDEN MITGLIEDSTAATEN

Für eine effiziente Arbeitsweise kann die EUSTa nicht im Alleingang vorgehen. Sie muss Beziehungen und Synergien mit Partnern in der Europäischen Union und darüber hinaus entwickeln, in erster Linie durch den Abschluss von Arbeitsvereinbarungen über gegenseitige Zusammenarbeit und Informationsaustausch.

Während Eurojust, OLAF und Europol ihre engsten Partner sind, muss die EUSTa auch mit allen anderen Organen, Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union sowie den Behörden nicht teilnehmender Mitgliedstaaten und von Drittländern sowie mit internationalen Organisationen eng zusammenarbeiten.

Eurojust

Von Beginn an wird Eurojust der bevorzugte Partner der EUSTa sein. Neben dem Austausch von Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, und der Gewährung eines indirekten Zugangs zu den jeweiligen Fallbearbeitungssystemen wird Eurojust auch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit mit nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern der wichtigste Partner der EUSTa sein.

OLAF

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit dem OLAF wird auf dem gegenseitigen Informationsaustausch über die jeweiligen Aktivitäten beider Einrichtungen liegen. Insbesondere räumt das OLAF den strafrechtlichen Ermittlungen der EUSTa Priorität ein und verzichtet in solchen Fällen auf die Eröffnung von parallel hierzu laufenden verwaltungsrechtlichen Untersuchungen, während es die Ermittlungen

der EUSTa gemäß seinem Mandat uneingeschränkt unterstützt. Entscheidet sich die EUSTa, keine Ermittlungen einzuleiten oder ein Verfahren einzustellen, erhält das OLAF alle Informationen, die für weitere Schritte sachdienlich sind.

Europol

Die zwischen der EUSTa und Europol zu schließenden Arbeitsvereinbarungen legen die Modalitäten ihrer Zusammenarbeit fest. Während ihrer Ermittlungen kann die EUSTa von Europol alle sachdienlichen Informationen einholen, über die Europol verfügt, und Unterstützung durch Analysen beantragen.

Nicht teilnehmende Mitgliedstaaten und Drittländer

Unbeschadet der durch Eurojust geleisteten Unterstützung können die mittelfristigen Beziehungen zwischen der EUSTa und den Behörden von Drittländern und nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten durch Arbeitsvereinbarungen geregelt werden.

Diese können insbesondere den Austausch von Informationen und die Entsendung von Verbindungsbeamtinnen und -beamten oder Kontaktstellen umfassen, um die praktische Zusammenarbeit zu verbessern.

Bestehen keine derartigen Vereinbarungen, notifizieren die teilnehmenden Mitgliedstaaten die EUSTa als eine „zuständige Behörde“ für die Zwecke der Anwendung geltender Instrumente der Union im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit und maßgeblicher internationaler Übereinkünfte.

„Die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft bedeutet eine echte Wende. Viele gegen den EU-Haushalt gerichtete Betrugsfälle sind transnational. Darum brauchen wir eine Einrichtung, die nicht nur grenzüberschreitend ermitteln, sondern auch strafrechtlich verfolgen kann.“

EU-KOMMISSARIN **VĚRA JOUROVÁ**, 2017

Weitere Informationen

Verordnung zur Errichtung der EUStA

<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2017/1939/oj?locale=de>

Einführung in die EUStA

https://ec.europa.eu/info/law/cross-border-cases/judicial-cooperation/networks-and-bodies-supporting-judicial-cooperation/european-public-prosecutors-office_de

PRINT	ISBN 978-92-76-01416-8	doi:10.2838/36364	DS-04-19-257-DE-C
PDF	ISBN 978-92-76-01423-2	doi:10.2838/573494	DS-04-19-257-DE-N

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2019

Photos: © AdobeStock, Arens - © AdobeStock, Marco Scisetti - © AdobeStock, Iliya Mitskevets

Die Europäische Staatsanwaltschaft („die EUStA“) ist eine unabhängige, dezentrale Staatsanwaltschaft der Europäischen Union und ist befugt, gegen den EU-Haushalt gerichtete Betrugs- und Korruptionsstraftaten zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen und Anklage zu erheben. Ihre einzigartige Befugnis, Straftaten auf EU-Ebene zu verfolgen, bedeutet einen besseren Schutz für die Gelder, die wir in den EU-Haushalt investieren.

